

AStA der Universität Bremen
Universität Bremen
Bibliothekstraße 3, StH
28359 Bremen
Telefon: 0421/218-69733
asta@uni-bremen.de



Bremen, den 04/06/2014

Psychologie Vollversammlung ein voller Erfolg – Studierende formieren sich gegen den Wissenschaftsplan 2020

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Bremen ist erfreut über die große Resonanz zur Vollversammlung des Studiengangs Psychologie und fordert nachdrücklich den Stopp der Kürzungspläne durch den Wissenschaftsplan 2020. Die Studierenden des Faches Psychologie haben auf der heutigen Vollversammlung ein Zeichen gegen die Schließung ihres Studiengangs gesetzt und läuteten den Auftakt zu weiteren Protesten ein.

"Der Senat teilte in einer Pressemitteilung letzte Woche mit, dass mit der Übernahme des BaföGs durch den Bund allein 2015 rund 13 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. Wir betrachten dies als klares Zeichen, dass die im ursprünglichen Entwurf des Wissenschaftsplans 2020 eindeutig formulierte Schließung des Studiengangs damit obsolet ist. Die durch die BaföG übernahme frei werdenden Mittel sind nach Vereinbarung aus dem Bundeskanzleramt zweckgebunden für die Hochschulen der Länder. Die Studierenden lassen sich vom Bremer Senat nicht an der Nase herumführen", erklärt Jean-Jacques Dengler, Vorsitzender des AStAs.

Mit rund 1000 Studierenden im Fach Psychologie mutet es geradezu unverschämt an, dass der Bremer Senat mit dem Märchen des wirtschaftlich relevanten Faktors die private Jacobs University mit rund 1300 Studierenden durch etliche Millionen künstlich am Leben erhält. Dieser Umstand ist nicht hinnehmbar und daran werden wir Rot-Grün auch im Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2015 deutlich erinnern. Die Schließung von Psychologie und den Gesundheitswissenschaften kommt damit einer Auslagerung an die Privatuni gleich.

"Wir werden für den Erhalt des Studiengangs Psychologie und der Studiengänge an der Hochschule Bremen weiterkämpfen – in der Politik und auf der Straße. So lange wie es sein muss, bis der Senat und die Regierungsfractionen begriffen haben, dass Bildung ein öffentliches Gut ist, das nicht einfach so weggekürzt werden darf", ergänzt Dengler.